

Stand: 12.01.2026 10:07:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5435

"Bundesweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen endlich umsetzen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5435 vom 26.02.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5457 vom 26.02.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Bundesweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen endlich umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein bundesweites nationales Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen im Sinne der auf EU-Ebene vereinbarten Opt-Out-Regelung einzusetzen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, konstruktiv bei diesem Gesetzgebungsverfahren mitzuwirken, um von Beginn an regionalspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen.

### **Begründung:**

Nach dem bedauernswerten Scheitern des Gentechnik-Verbotes auf EU-Ebene, war die Einigung der EU-Länder zur Opt-Out-Regelung ein notwendiger Schritt, um den EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, in Zukunft selbst über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Territorium zu entscheiden. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt kündigte damals an, einen nationalen Gesetzentwurf zügig vorzulegen.

Mit den jetzt angedachten länderspezifischen Regelungen kann jedoch nicht sichergestellt werden, dass auch alle Bundesländer ein Gesetzgebungsverfahren anstreben. Dadurch besteht die Gefahr, dass die innerdeutschen Warenflüsse von Saat- und Erntegut massiv erschwert und unnötige bürokratische Hürden aufgebaut werden.

Durch aktives Mitwirken aller Länder am Bundesgesetzgebungsverfahren können von Beginn an regionalspezifische Besonderheiten berücksichtigt werden. Die Gefahr von rechtlichen Risiken kann somit minimiert werden.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/5435

### **Bundesweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen endlich umsetzen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein bundesweites nationales Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen im Sinne der auf EU-Ebene vereinbarten Opt-Out-Regelung einzusetzen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, konstruktiv bei diesem Gesetzgebungsverfahren mitzuwirken, um von Beginn an regionalspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Nikolaus Kraus

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Florian von Brunn

Abg. Michael Brückner

Abg. Dr. Leopold Herz

Staatsministerin Ulrike Scharf

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Wir fahren mit der Behandlung der Dringlichkeitsanträge fort. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Gentechnik-Anbauverbot bundesweit durchsetzen (Drs. 17/5404)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)**  
**Bundesweit einheitliche Regelung zum Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen (Drs. 17/5434)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Bundesweites Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen endlich umsetzen (Drs. 17/5435)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Unsere erste Rednerin ist Frau Kollegin Steinberger. Bitte schön.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Gentechnik beschäftigt uns im Landtag nicht zum ersten Mal. Mehrmals haben wir Anträge gestellt, auf bayerischer Ebene Schutzmauern hochzuziehen. Aber diese Anträge wurden in der Regel von der CSU-Mehrheit mit der Begründung abgelehnt,

(Angelika Schorer (CSU): Warum haben Sie unseren abgelehnt?)

dass es bald eine bundesweite Regelung geben wird. Nun ist es so weit. Durch die europäische Opt-out-Regelung gibt es jetzt die Möglichkeit, nationale Anbauverbote festzulegen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Thomas Kreuzer (CSU): Wer hat es durchgesetzt?)

Endlich kann Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt sein Versprechen einhalten, ein nationales Anbauverbot zu verhängen. Noch vor Kurzem, bei der Eröffnung der Grünen Woche in Berlin hat er gesagt, er wolle keinen gentechnischen Flickenteppich in Deutschland. Doch jetzt will er nicht mehr. Jetzt will er die Verantwortung auf die Bundesländer abschieben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nenne ich verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist verantwortungslos gegenüber der Mehrheit der Menschen in diesem Land, die die Agrogentechnik nicht wollen. Es ist aber auch verantwortungslos gegenüber den Ländern, denen Schmidt hohen bürokratischen Aufwand zumutet. Schließlich käme es zu Wettbewerbsverzerrungen bei den Bauern und zu einem erhöhten Kontrollaufwand für die Länder. Bayern muss sich dagegen wehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es ist schwierig, das Verbot gentechnisch veränderter Organismen rechtssicher auszugestalten; das stimmt. Die Gründe, die einer Klage standhalten könnten, sind nicht ganz einfach zu finden. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es schwierig ist, kann kein Grund sein, gar nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sollten wir als Bayerischer Landtag den Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in die Pflicht nehmen. Wofür ist er denn sonst da? Es ist ja seine Aufgabe. Nur eine Anmerkung nebenbei: Wir GRÜNE sind mit diesem Anliegen nicht allein. Der Bundesrat hat sich im letzten Jahr auf Initiative Bayerns für ein national einheitliches Verbot ausgesprochen. Das haben wir sehr begrüßt. Diesen Wunsch muss man jetzt aber auch durchsetzen, Frau Ministerin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist es auf europäischer Ebene nicht gelungen, gentechnisch veränderte Sorten zu verhindern. Das wäre sicher besser gewesen. Aber daran hat die Bundesregierung leider einen entscheidenden Anteil. Erst vor Kurzem wurde wieder eine Sorte zugelassen, weil sich der deutsche Vertreter wie üblich enthalten hat. Deshalb haben wir große Bedenken, ob es die Bundesregierung mit ihrem Bekenntnis, Gentechnik von Deutschland fernzuhalten, ganz ernst meint. Schließlich schwebt über allen Entscheidungen ein Phantom. Sie kennen es alle. Dieses Phantom heißt mit Vornamen CETA und mit Nachnamen TTIP. Schon vor einem Abschluss dieser Freihandelsabkommen sind nationale Regierungen bedacht, keine Hemmnisse für den freien Handel mehr durchzusetzen. Dies gilt vor allem für Regierungen, die dieses Abkommen unbedingt abschließen wollen. Dazu gehört offensichtlich auch die Bundesrepublik Deutschland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die roten Linien, die auch hier im Landtag eingezeichnet worden sind, werden alle Makulatur, wenn Konzerne ihre Interessen einklagen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehören auch und gerade die Gentechnikkonzerne. Monsanto sitzt mit am Verhandlungstisch von TTIP. Das wissen Sie alle ganz genau. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen deshalb eine rechtssichere Begründung auf nationaler Ebene und kein, wie wir in Bayern sagen, "Abspatzen" auf Kosten der Länder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte der Bayerischen Staatsregierung den guten Willen gar nicht absprechen. Am Ende zählen aber nicht die Worte, sondern die Taten. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steinberger. – Der nächste Redner ist der Kollege Woerlein. – Bitte schön.

**Herbert Woerlein (SPD):** Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin Scharf! Ich darf in Bezug auf den vorausgehenden Punkt eine Lanze für die Griechen brechen. Sie haben nämlich am 4. Februar 2005 die Charta von Florenz unterzeichnet und waren damit bei dieser wichtigen Vereinbarung sehr viel früher dran als manch andere Regionen und Länder. Zehn Jahre ist das nun her, die geprägt sind von konsequenter Umweltpolitik der SPD-Landtagsfraktion und einem klaren Nein zur Gentechnik.

Ich zünde jetzt nicht die Selbstbeweihräucherungskерze. Ich erspare Ihnen ganz bewusst die Aufzählung all unserer Aktivitäten, weil wir hier effektiv arbeiten wollen. Ich habe sie aber zumindest für das Protokoll zusammengefasst. In der 16. Legislaturperiode gab es von der SPD-Fraktion mehr als 20 Anträge und Dringlichkeitsanträge und andere parlamentarische Initiativen zum Thema Gentechnik, die je nach Zuständigkeit entweder im Landwirtschaftsausschuss oder im Umweltausschuss behandelt wurden. Ich nenne die zugehörigen Stichworte: keine gentechnisch veränderten Organismen auf landeseigenen Flächen, das Verbot des Einbringens gentechnisch veränderter Organismen in Schutzgebieten, die Intensivierung der Überwachung von Saatgut, null Toleranz gegenüber gentechnisch veränderten Organismen in Saatgut, Futtermitteln und Lebensmitteln, Verbot von Forschungsprojekten auf Freiflächen und so weiter. Diese Anträge haben alle eines gemeinsam: Sie wurden leider von der CSU-Fraktion abgelehnt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Zu Recht abgelehnt!)

In der laufenden Legislaturperiode haben wir nun eine Zuspitzung. Ich möchte Ihnen das am Beispiel des Beitritts zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen verdeutlichen. Der damalige Umweltminister Markus Söder hat diesen Beitritt im Jahr 2009 angekündigt. Wir haben diesen Beitritt in den Jahren 2010, 2012 und zuletzt auch in dieser Legislaturperiode mehrfach angemahnt. Am 12. Februar 2014



stellte die SPD-Fraktion den Antrag, diesem Netzwerk beizutreten. Eine Woche später wurde dies im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz abgelehnt. Genau in derselben Woche unterschrieb aber Dr. Marcel Huber eben diesen Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Ich sage das deshalb, weil ich Ihren Blick mehr auf die Inhalte lenken möchte. Sie sollten nicht immer in den Reflex verfallen, alle Anträge der Opposition abzulehnen. Ich darf mich in diesem Zusammenhang ganz herzlich bei der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken. Über all die Zeit hinweg gab es zu all diesen Fragen eine hervorragende Zusammenarbeit. Wir ziehen da wirklich an einem Strang. Das gilt bei einem Großteil der Fragen ebenso für die Kollegen der FREIEN WÄHLER.

Es geht mir darum, dass die Regierungspartei mal schaut, was diese Anträge enthalten und wo man etwas herausziehen und optimieren könnte. Sie alle kennen den berühmten Spruch, dass das Bessere der Feind des Guten ist.

Wir haben im Laufe dieser Legislaturperiode erlebt, dass wir mit unseren verschiedensten Anträgen so weit gekommen sind, dass auch die CSU-Fraktion ihnen zugestimmt hat, vor allem was das Anbauverbot von gentechnisch veränderten Organismen anbelangt. Ich bedanke mich dafür nachdrücklich. Das war eine gute Entwicklung. Wir sind hier einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Sie beobachten die Wählerszene genauso wie wir. Auch Sie wissen: Einem großen Teil der Menschen ist dieses Thema sehr wichtig. Weit über 80 % wünschen nach den aktuellen Zahlen nachdrücklich die Abkehr von der Gentechnik, zumindest beim Anbau oder bei der Verwendung in Nahrungsmitteln.

Jetzt steht der nächste logische Schritt an. Er wird kommen müssen. Diese Entwicklung hat uns nicht geärgert; wir sind Parlamentarier, und jeder, der hier sitzt, weiß, dass das Teil des politischen Geschäfts ist. Aber ich sage im Hinblick auf diese Entwicklung: Wenn nicht heute der Tag der Entscheidung ist, dann wird es ein anderer Tag sein. Aber die Frage ist doch: Soll sich Bayern diese Verzögerungen leisten?

Können wir nicht einfach mal sagen "Jetzt liegt die Sache auf dem Tisch"? – Sie steht doch wirklich in vollem Umfang zur Entscheidung an.

Auf die Empfehlung des Bundesrates vom April 2014 und auf den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 5. September 2014 darf ich hier verweisen. Diese beiden Vorgaben besagen eindeutig: Das Anbauverbot soll auf der Ebene des Bundes geregelt werden. Machen Länder von ihrer Entscheidungsbefugnis keinen Gebrauch, bleibt es den Bundesländern überlassen, selbst Verbotsentscheidungen zu treffen. Ich denke, wir sind hier gefordert, Frau Staatsministerin. Sie haben vor Kurzem, wie in der "Passauer Neuen Presse" zu lesen war, erklärt – ich darf zitieren -:

Wir wollen keine grüne Gentechnik in Bayern. Wir wollen selbst bestimmen, was auf unseren Äckern angebaut wird.

Ich glaube, dem können alle Fraktionen nur zustimmen. Wir müssen die Formulierung nur um die zwei Worte "und Deutschland" erweitern und sagen dann: Wir wollen keine grüne Gentechnik in Bayern und Deutschland.

Auf die Einzelheiten will ich jetzt gar nicht eingehen; denn so ein Anbauverbot hat natürlich auch ganz praktische Vorteile. Wir teilen Grenzen mit vier anderen Bundesländern. Wenn wir durch unterschiedliche Vorgaben der Länder einen "Flickenteppich" haben, kommt es natürlich auch zu schwierigen Situationen im Grenzgebiet.

Abschließend appelliere ich an Sie alle, den drei vorliegenden Dringlichkeitsanträgen zuzustimmen. Nachdem noch etwas Redezeit übrig ist, darf ich diesen Appell noch mit meinen persönlichen Eindrücken garnieren: Mit großer Freude und mit viel, viel Spaß bin ich hier im Landtag, weil ich einfach hier meine Ideale leben kann und weil ich aus dem Ringen um Meinungen für mich und meine Wähler sehr viel Positives mitnehmen kann.

Diese Verzögerung stellt allerdings ein gewisses Problem dar. Ich hoffe, die Kollegen aus meiner Fraktion sehen mir nach, dass ich auf diese Verzögerung nicht mit allzu

vielen Nadelstichen eingegangen bin. Aber ich meine doch, Sie sollten in Ihrer Regierungsverantwortung die freien Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten in vollem Umfang nutzen und den Anträgen zustimmen.

Ich darf an dieser Stelle das Augenmerk auf die Haushaltsverhandlungen zurücklenken; damals wurden wirklich alle Anträge der Opposition zum Haushalt grundsätzlich abgelehnt. Das hat doch eine Partei, die in Bayern mit absoluter Mehrheit in der Regierungsverantwortung steht, überhaupt nicht nötig. Insofern ist die Sache heute klar. Ich fürchte allerdings – und hoffe dabei, dass diese Furcht unbegründet ist - -

(Angelika Schorer (CSU): Lassen Sie sich überraschen, Herr Kollege!)

- Ja, ich lass mich überraschen, Frau Schorer. Es ist nur so: Ich habe da, ob Sie mir's glauben oder nicht, wirklich viel, viel Mitleid mit Ihnen;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

denn um die Arbeit, jetzt wieder zu sagen "Das ist zu eng formuliert", "Das ist zu weit formuliert", "Hier ist es uns zu wenig konkret" oder "Hier ist es uns viel zu konkret", beneide ich Sie nicht. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Sie nehmen diese Arbeit auf sich; das ist Ihr gutes Recht, wenn Sie das möchten. Ich muss sagen: Ich möchte nicht so arbeiten und bin froh, wieder auf meiner Oppositionsbank Platz nehmen zu können. – Danke.

(Beifall bei der SPD – Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) –

Thomas Kreuzer (CSU): Das können wir für die nächsten zwanzig Jahre gern so lassen, Herr Kollege!)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Kollege Woerlein. - Nächster Redner ist der Herr Kollege Kraus. Bitte schön, Herr Kraus.

**Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wertes Präsidium, werte Umweltministerin! Nachdem ich als Dritter im

Bunde zum gleichen Thema spreche, werden sich natürlich einige Dinge wiederholen. Aber zunächst möchte ich bemerken: Ich weiß, und deswegen sag ich's, dass das Thema in unserer Bevölkerung wichtiger ist als anscheinend hier im Plenarsaal; denn ansonsten wären bei diesem doch außerordentlich wichtigen Thema mehr Kollegen anwesend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Harald Güller (SPD): Da klatschen die wenigen anwesenden FREIEN WÄHLER!)

Warum ist uns allen das Thema wichtig? – In den Begründungen der vorliegenden Dringlichkeitsanträge von GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN steht: Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt die grüne Gentechnik ab. Das ist Volkes Wille. Wir als die gewählten Parlamentarier sollten normalerweise diesen Willen des Volkes umsetzen. In der Vergangenheit hatten wir allerdings mehrere Massenpetitionen, bei denen das leider nicht so gelaufen ist; hier wurden viele Tausend Unterschriften einfach ignoriert. Nachdem wir schon bei den Unterschriften sind, möchte ich daran erinnern, dass vor Kurzem, im November 2014, ein Bündnis, das von den Imkern bis zu den Verbraucherschützern reicht, wieder aktiv geworden ist. Dieses Bündnis hat innerhalb von 48 Stunden online über 200.000 Unterschriften für die Forderung gesammelt, dass Deutschland flächendeckend frei von gentechnisch veränderten Organismen sein und bleiben soll und dass den Großkonzernen – Stichwort Monsanto – nicht so viel Macht überlassen wird.

Im Bayerischen Landtag ist das ein Dauerthema, wie von meiner Kollegin schon gesagt worden ist. Seitdem wir im Landtag sind, oder zumindest seitdem ich gewählt bin, ist das Thema schon des Öfteren im Plenum besprochen worden. Am 28. Januar 2015 ist sogar die CSU auf dieses Thema aufmerksam geworden und hat einen Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema in der richtigen Richtung gestellt. Sein Titel war: "Nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen umsetzen." Deshalb würde es mich heute narrisch freuen, wenn wir heute für alle Dringlichkeitsanträge Einstimmigkeit bekämen. Im Umweltausschuss und kurz darauf im Europaaus-

schuss ist dem Antrag mit den Stimmen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der CSU zugestimmt worden; die GRÜNEN haben sich enthalten, weil man natürlich noch über einige Spiegelstriche reden könnte.

Vor Kurzem gab es die Feierstunde aus Anlass von fünf Jahren "gentechnikfreie Kommunen". In Bayern haben mittlerweile über 200 Städte, Gemeinden und Landkreise dieses Label angenommen. Das zeigt, wie wichtig das ist. Wir haben nicht nur gentechnikfreie Kommunen; Bayern ist auch seit April 2014 – das ist schon erwähnt worden – wie elf weitere deutsche Bundesländer Mitglied der gentechnikfreien Regionen. Beachtlich ist, dass sich selbst der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin - über die dortige großflächige, groß strukturierte Landwirtschaft lästern wir hier in Bayern gerne ein bisschen – mehrheitlich für den Beitritt zum Verband der gentechnikfreien Regionen ausgesprochen hat.

Am 3. Dezember 2014 haben die Unterhändler in der EU die Weichen für die nationalen Verbote gestellt, gentechnisch veränderte Organismen anzubauen. Am 10. Dezember wurde das von den EU-Mitgliedstaaten und am 17. Dezember vom EU-Umweltausschuss bestätigt. Selbst der Deutsche Bundesrat hat sich am 11. April einstimmig für ein nationales, einheitliches Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen ausgesprochen. Um in Deutschland zu bleiben: Die deutsche Agrarministerkonferenz hat in Potsdam am 5. September zugestimmt, die deutsche Umweltministerkonferenz in Heidelberg am 24. Oktober.

TTIP und CETA sind auch schon erwähnt worden. Wenn man sich in die wenigen Unterlagen dazu, die uns von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurden, einliest, stellt man fest, dass nur ein Mandat, ein Auftrag darin enthalten ist, das bestehende europäische Schutzniveau sowie die Regelungshoheit bei Gesundheit und Umweltschutz zu erhalten. Kein Wort zu gentechnisch veränderten Organismen! Noch schlimmer ist es bei CETA, wo wir noch ein bisschen weiter sind: In den Unterlagen, die wir von der Bundesregierung dazu bekommen haben, steht klipp und klar: keine spezifische Regelung zu gentechnisch veränderten Organismen.

Nachdem wir schon über den großen Teich sind, darf ich noch erwähnen, dass ich in der Zeitung gelesen habe: Wir wollen – das lässt sich wohl nicht vermeiden - wenigstens eine Kennzeichnung der Lebensmittel und der Produkte, die auf dem Markt sind. Was ist da der amerikanische Vorschlag? – Sie schlagen vor, diese Kennzeichnung als Barcodes auf die Verpackung zu drucken. Bei aller Liebe, aber seid mir nicht böse: Wer von uns läuft mit einem Smartphone durch den Supermarkt, um einen Barcode einzuscannen? – Das ist schon ein bisschen realitätsfern, glaube ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist auch schon erwähnt worden, dass unsere Umweltministerin vor Kurzem in der "Passauer Neuen Presse" mit dem Satz zitiert worden ist: Wichtig ist eine klare gesetzliche Regelung zu GVO. Was aber wäre klarer und einfacher, als dass sich die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass wir in Deutschland zum Wohle aller Bürger, der bayerischen Bürger, unserer Kinder, unserer Schüler, unserer Gäste, und zum Wohle unserer ganzen Gesellschaft einheitlich ein Genanbauverbot bekommen? Deswegen bitte ich eigentlich um Zustimmung zu allen drei Anträgen. Ich würde mich wirklich narrisch freuen, wenn die CSU ihrer neuen Linie treu bleiben und unsere Anträge unterstützen würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Herr Kollege von Brunn wünscht eine Intervention. Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Kollege Kraus, wir sind drauf und dran, Ihrem Antrag zuzustimmen. Aber etwas ist uns noch unklar. Wenn man wie Sie ein bundesweites Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen fordert, irritiert es doch, dass Sie in Ihrem Antrag die Staatsregierung auffordern wollen, konstruktiv mitzuwirken, um von Beginn an regionalspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen.

Zum Ersten frage ich Sie, welche Besonderheiten es zu berücksichtigen gibt, wenn man etwas auf Bundesebene verbieten will; denn ein Verbot ist ein Verbot, und da gibt es kein Deuteln und kein Nachfragen. Zum Zweiten frage ich Sie, was man, wenn man etwas auf Bundesebene regelt, auf Länderebene noch an regionalspezifischen Besonderheiten berücksichtigen will. Vielleicht können Sie dazu noch einige erklärende Worte finden.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Das ist vielleicht ein bisschen unglücklich formuliert. Aber was soll ich dazu sagen?

(Lachen bei der CSU)

Wir wissen, dass momentan zwölf Bundesländer den gentechnikfreien Regionen beigetreten sind, bei denen man davon ausgeht, dass sie auch in der Bundespolitik so abstimmen würden. Darunter sind sicher sowohl in Deutschland als auch in Europa Länder, bei denen wir es etwas schwerer haben. Unser Gedanke war, als wir das geschrieben haben, dass die Staatsregierung auf diese Länder im Vorfeld einwirkt. Im "Münchner Merkur" ist im Dezember auf Seite eins von einem "Flickerteppich" und auch über die Abstandsregelung geschrieben worden. Ich möchte nicht zu 300, 500 oder 1.000 Metern sprechen, weil solche Abstandsregelungen in der Realität sowieso nicht funktionieren würden. Deswegen war es unser Gedanke, im Vorfeld auf die Länder, die dem vielleicht ein bisschen kritischer gegenüberstehen

(Zuruf von der SPD: Staaten!)

– auf die Länder und Staaten -, flächendeckend einzuwirken und sie durch sachliche Argumente davon zu überzeugen, dass man ein bundeseinheitliches Anbauverbot braucht.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: der Kollege Brückner. Bitte schön, Herr Kollege.

**Michael Brückner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht, wie wenig meine Vorredner auf den Inhalt ihrer Anträge eingegangen sind und dass sie die Zeit dazu genutzt haben, krampfhaft zu versuchen, den Leuten zu erklären, dass sie die Erfinder des gentechnikfreien Anbaus in Bayern sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer sonst?)

Ich muss Ihnen eines ganz klar sagen: Dort, wo wir heute stehen, stehen wir, weil die CSU konsequent und klar ihren Weg beschritten hat

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

und sich nicht von der Opposition hat beirren lassen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen können wir heute entscheiden, was wir in Bayern und in Deutschland eventuell anbauen wollen. Wenn wir der Opposition gefolgt wären, wären wir noch lange nicht so weit.

Um Sie ein bisschen zu beruhigen, kann ich Ihnen eines sagen: Wir stimmen heute Ihren Anträgen zu, auch wenn wir sie für unnötig halten. Aber eines verwundert uns schon. Exakt vor drei Wochen, am 5. Februar 2015, haben wir einen Antrag im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz mit den Stimmen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER beschlossen. Ich lese einmal ein bisschen aus unserem Antrag vor:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dort schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden, damit in Deutschland das auf EU-Ebene vereinbarte Verfahren zu möglichen nationalen Anbauverboten von gentechnisch veränderten Pflanzen nach formeller Bestäti-



gung durch das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten baldmöglichst in nationales Recht umgesetzt werden kann.

Der letzte Satz der Begründung lautet: "Die Bundesregierung sollte alle Schritte einleiten, damit schnell ein Verbot des Anbaus von GVP in Deutschland und Bayern erlassen werden kann."

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, ist eine Zwischenfrage gestattet?

**Michael Brückner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Das geht nachher auch noch.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Okay, alles klar. Dann dürfen Sie fortfahren.

**Michael Brückner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Kommt Ihnen dieser Text wenigstens in Teilen bekannt vor? Den GRÜNEN anscheinend nicht. Sie haben sich nämlich damals der Stimme enthalten. Ich war eigentlich gespannt, wie man diese Enthaltung heute erklären möchte. Eine Erklärung ist eigentlich nicht erfolgt. Mich hat auch verwundert, dass die SPD und die FREIEN WÄHLER heute wieder Inhalte beschließen lassen wollen, die wir schon vor drei Wochen im Ausschuss beschlossen haben. Da komme ich zu der Erkenntnis, dass wir in Bayern anscheinend keine anderen Probleme mehr haben, und ich ziehe daraus die Schlussfolgerung, dass die Politik der Staatsregierung augenscheinlich weitsichtig und erfolgreich ist, meine Damen und Herren.

Bereits mehrfach haben wir hier im Plenum bekundet, dass der CSU die Gentechnikanbaufreiheit ganz wichtig ist, und nicht ohne Grund haben wir in Bayern seit Jahren keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen mehr. Ich darf Sie daran erinnern, dass die CSU bereits im Jahr 2008 unter Umweltminister Markus Söder Vorreiter und Vorkämpfer für die aktuelle Opt-out-Regelung war. Damals haben wir die Sachen

gegen alle Kritik ins Laufen gebracht. Keiner von euch hat daran geglaubt, und heute sind wir so weit, dass wir darüber entscheiden können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Selbst in den letzten Jahren – das haben Sie gut geschildert – gab es noch Anträge aus der Opposition, wir sollten die Abstandsflächen vergrößern. Aber was wäre es denn für ein Zeichen gewesen, wenn wir dem zugestimmt hätten? Dann wäre unsere Forderung unglaublich gewesen; denn unsere Forderung war immer: Wir wollen in Bayern gar keinen gentechnisch veränderten Anbau. Und kurz davor stehen wir jetzt.

Genauso klar war unser Antrag vor drei Wochen, dass man das einfach bundesweit umzusetzen hat. Damit haben wir die Bundesregierung ganz klar aufgefordert, diese Regelung zu treffen. Nach der breiten Zustimmung im Ausschuss war das Thema dann insoweit erledigt, und wir haben keinen Handlungsbedarf mehr gesehen. Wir sahen keine Notwendigkeit mehr, das im Parlament zu behandeln. Das Stimmverhalten der GRÜNEN haben wir einfach als parteiinternes Taktieren bewertet, und wir konnten damit leben. Das war für uns kein weiterer Versuch.

Umso mehr freuen wir uns über den kläglichen Versuch der GRÜNEN, den Fehler von vor fünf Wochen genau drei Wochen danach zu heilen. Was ist das Ergebnis? - Wir von der CSU sind in erster Linie einmal froh und stolz, dass wir heute so weit sind. Wir können die Gentechnikfreiheit so regeln, wie wir wollen. Wir haben aber auch dafür Verständnis, dass es die GRÜNEN wurmt, dass die CSU die Bedeutung dieses Themas bereits viel früher erkannt hat und das Anliegen konsequenter als sie umgesetzt hat, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Das ist schon eine Tatsache. Sie können ruhig über Ihre eigenen Unzulänglichkeiten lachen; wir haben damit kein Problem.

Jetzt geht es um die inhaltliche Gestaltung und nicht mehr um politisches Taktieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vor ein paar Jahren waren Sie dafür!)

Vor diesem Hintergrund erwarte ich mit Spannung das Abstimmungsverhalten der GRÜNEN, wenn demnächst im Landwirtschaftsausschuss unser Antrag zur Mitberatung aufgerufen wird. Es wird spannend sein zu sehen, ob sich die GRÜNEN dann überwinden können, dem Antrag zuzustimmen, oder ob sie lieber weiter taktieren. Aber wir sind, wie gesagt, nicht nachtragend. Uns liegen taktische Manöver fern. Uns geht es hauptsächlich darum, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Deswegen stimmen wir den Anträgen heute zu.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, jetzt haben wir eine Reihe von Zwischenbemerkungen, als erste die von Herrn Kollegen Dr. Herz. Bitte.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Brückner, es ist schön, dass Sie dem Antrag zustimmen wollen. Ich gebe Ihnen aber ein paar Informationen. Sie sind Neuling hier im Hause und können wahrscheinlich nicht wissen – aber Unwissenheit schützt in diesem Fall nicht –, dass es in der vergangenen Periode Dutzende Anträge zu dem Thema Gentechnik, unter anderem der FREIEN WÄHLER, gegeben hat. Ich kann mich daran erinnern, dass sie allesamt von der Regierungskoalition abgelehnt wurden und erst nach mehrmaligem Drängen wieder kamen. Dann wurde ihnen in Schritten zugestimmt.

Sie stellen sich jetzt hierher und sagen: Wir von der CSU sind die Erfinder der Vermeidung der grünen Gentechnik. Alles was recht ist in diesem Haus! Vorhin wurde von Sachlichkeit gesprochen. Ich bitte darum, sich das nächste Mal, bevor Sie einen solchen Unsinn von sich geben, zu informieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Michael Brückner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Dr. Herz, bei allem Respekt, ich lasse mir auch von Ihnen den Mund nicht verbieten.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben unseren Weg deutlich gemacht und sind unseren Weg zielstrebig gegangen. Jetzt sind wir kurz vor dem Ziel und setzen das um. – Aus!

(Beifall bei der CSU – Reinhold Strobl (SPD): Es gilt aber trotzdem das achte Gebot: Du sollst kein falsches Zeugnis geben! – Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Haben Sie sich gemeldet? Das war jetzt eigentlich eine Zwischenbemerkung, Herr Kollege! – Jetzt ist Frau Kollegin Steinberger an der Reihe. Bitte sehr.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Brückner, Sie haben sich an die letzte Umweltausschusssitzung erinnert. Ich erinnere mich auch noch sehr gut daran. In Ihrem Antrag ging es darum, dass Landwirtschaftsminister Schmidt aufgefordert werden sollte, eine Regelung zur Umsetzung des Gentechnikanbauverbots zu verwirklichen. Ich habe Sie noch darauf aufmerksam gemacht, dass wir einen Antrag beschließen sollten, in dem von uns eine gesamtstaatliche Lösung gewünscht wird. Sie haben das damals abgelehnt. Wir hätten dem Antrag damals zugestimmt, wenn Sie meiner Anregung gefolgt wären. Aber Sie haben einen Antrag nach dem Motto gestellt: Es muss irgendetwas passieren. Ob auf nationalstaatlicher oder bundesstaatlicher Ebene, war Ihnen mehr oder weniger egal. Wir haben gesagt: Wir wünschen eine gesamtstaatliche Regelung. Unserem Anliegen haben Sie nicht zugestimmt. Deswegen haben wir uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, bitte.

**Michael Brückner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Da kann ich Ihnen nur widersprechen. Ich habe Ihnen vorhin unseren Antrag vorgelesen. Falls Sie nicht zugehört haben, tue ich es noch einmal. Der letzte Satz der Begründung lautet, die Bundesre-

gierung solle alle Schritte einleiten, damit schnell ein Verbot des Anbaus von genveränderten Organismen in Deutschland und Bayern erlassen werden kann. Das ist genau das, was Sie gefordert haben.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Herr Kollege Brückner, ich erspare uns jetzt, das Abstimmungsverhalten einiger Ihrer Kollegen im Europäischen Parlament zu diesem Thema zu kommentieren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe heute gelernt, dass die CSU-Staatsregierung und die CSU-Fraktion der Auffassung sind, sie seien die Erfinder der gentechnikfreien Landwirtschaft. Ich wollte jetzt erstens wissen, ab wann wir damit rechnen dürfen, dass Sie sich auch als Erfinder des Atomausstiegs in Deutschland und in Bayern bezeichnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Agentur hat am letzten Sonntag berichtet, dass es einen Konflikt zwischen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Ihrem Parteikollegen Christian Schmidt gibt, was die Regelungsebene angeht. Können wir, wenn Sie heute den Anträgen zustimmen, ein bundesweites Gentechnik-Anbauverbot zu beschließen, davon ausgehen, dass Herr Bundesminister Schmidt dies auch auf Bundesebene so vertritt, wenn es ums Eingemachte geht?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dass er wenigstens darüber informiert, was wir hier beschließen!)

**Michael Brückner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr von Brunn, ich weiß nicht, ob Sie sich dessen bewusst sind, dass wir hier im Bayerischen Landtag sind.

Wir können kein bundesweites Gentechnik-Anbauverbot beschließen. Wir können lediglich beschließen, dass wir die Bundesregierung dazu auffordern.

(Natascha Kohnen (SPD): Sie sind mit in der Regierung! Sie regieren in Berlin! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Das haben wir bereits vor drei Wochen mit unserem Antrag gemacht. Damit dürfte, so denke ich, Klarheit bestehen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Scharf ums Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die drei Anträge, die heute zur Abstimmung stehen. Ich finde es angenehm, dass wir uns bei diesem Thema so einig sind, und nutze die Gelegenheit gerne, anhand der Anträge noch einmal unsere Position zur grünen Gentechnik klarzumachen.

Wir sagen ein ganz klares Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen auf Bayerns Feldern, weil wir die Risiken der grünen Gentechnik bis heute nicht ausreichend geklärt haben und weil wir unsere empfindlichen Naturräume in Bayern und unsere kleinteiligen Agrarstrukturen schützen wollen.

Dabei werden wir, wie dies heute schon mehrfach gesagt wurde, von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Über 70 % der Menschen in Bayern lehnen die grüne Gentechnik ab.

Ich meine, dass wir insgesamt sehr weit gekommen sind. Seit 2008 kämpfen wir in großer Einigkeit für das Selbstbestimmungsrecht auf unseren Feldern. Wir haben unsere gemeinsamen Anträge auf den Weg gebracht, und – das kann ich heute wirklich

betonen – wir sind zufrieden und froh über das Ja zum Opt-out auf EU-Ebene. Mit unserer Überzeugung haben wir uns auf allen Ebenen durchgesetzt, und darauf sind wir wirklich stolz.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt darf keinesfalls das Opt-out scheitern, weil sich Bund und Länder nicht einig werden. Auf Initiative Bayerns hat der Bundesrat im April 2014 mit großer Mehrheit unter anderem beschlossen – ich darf dies vortragen -: Vorrangig sollen nationale einheitliche Verbote ausgesprochen werden können, und wenn die Bundesregierung von der Verbotsmöglichkeit keinen Gebrauch macht, dann müssen in den Ländern Verbote ausgesprochen werden können.

Es wäre jetzt wirklich zu kurz gesprungen, würden wir uns einseitig vom Bund abhängig machen. Daher – ich betone das – engagieren wir uns gerne für ein rechtlich gesichertes, vorrangiges bundesweites Anbauverbot. Das entspricht unserem jahrelangen Werben für (Anmerkung der Staatsregierung: gemeint ist "gegen") die grüne Gentechnik.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja! Dafür! – Florian von Brunn (SPD): Das war jetzt ein freudscher Versprecher!)

Die vorliegenden Anträge können wir mittragen, auch wenn sie die gegebenenfalls notwendige Länderoption nicht ausdrücklich erwähnen. Wir wollen jetzt eine schnelle Umsetzung in deutsches Recht, so wie dies kürzlich in unserem eigenen Antrag vom 28. Januar dargestellt und heute noch einmal erwähnt wurde.

Meine Damen und Herren, am 13. November 2014 haben wir "Fünf Jahre gentechnik-anbaufreies Bayern" gefeiert.

(Zuruf von der SPD: Viereinhalb Jahre sind es, oder?)

Seit 2009 werden in Bayern keine gentechnisch veränderten Pflanzen mehr angebaut oder zu Forschungszwecken freigesetzt. Wir wollen, dass dies so bleibt, und ich bedanke mich herzlich für die Unterstützung hier im Hohen Haus.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/5404 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/5434 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/5435 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Nächstes Griechenland-Paket ablehnen!", Drucksache 17/5403 mitteilen:



Mit Ja haben gestimmt 15, mit Nein haben gestimmt 130, und es gab sechs Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)